



## Wehrpflichtiger bei der Musterung (1988) Von der Schweigepflicht entbunden

nicht zu den Bedingungen zustande gekommen“.

Rauswinden konnte sich der Handwerker nicht mehr: „Uns liegen sämtliche medizinischen Unterlagen des Wehrmedizinalstatistischen Instituts Andernach vor“, ließ ihn die Assekuranz kühl wissen. Die Erlaubnis, in die Akten zu schauen, hatte der Lackierer selbst erteilt: mit der üblichen „Ermächtigungserklärung“, die es Versicherungen gestattet, Auskünfte von Ärzten einzuholen. Wer sie verweigert, gilt als verdächtig.

Durch dieses Papier sähen sich auch Bundeswehrärzte von ihrer Schweigepflicht entbunden, sagt Hubert Lamberti, Oberfeldarzt am Institut für Wehrmedizinalstatistik und Berichtswesen. Dort lagern die Musterungsakten aller Wehrpflichtigen sowie Krankenakten der Rekruten mindestens bis zum 45. Lebensjahr, bei Gedienten sogar bis ins Greisenalter von 90 Jahren, so Lamberti.

Rund 250-mal jährlich sei er im Auftrag von Versicherungsfirmen im Einsatz, um alte G-Akten auszuwerten. Hinzu kämen viele Anfragen von öffentlichen Arbeitgebern, sagt der Militär-Mediziner. „Unter Tränen“ habe sich ein abgelehnter Polizeibewerber bei ihm gemeldet, weil er bei der Musterung seine Bandscheibenprobleme aufgebauscht hatte – die vom baden-württembergischen Innenministerium angeforderte G-Akte brachte es ans Licht.

Lamberti wird für die Recherchen aber nicht von der Bundeswehr bezahlt, sondern rechnet mit den Versicherungen ab – im Rahmen einer „genehmigten Nebentätigkeit“, sagt er. Anwalt Hofferbert, seit vielen Jahren auf Wehrdienst-Fälle spezialisiert, hält die Konstruktion für „äußerst fragwürdig“. Angesichts der Lage könne er aber „nur davor warnen, bei der Musterung Leiden zu erfinden“.

Allerdings erwecken einschlägige, oft kommerzielle Ratgeber noch immer den Eindruck, den Wehrpflichtigen entstünden keine Nachteile, wenn sie die Bundeswehrärzte belügen. „Auf deine Akten hat keiner Zugriff“, behauptet zum Beispiel ausmusterung.net fälschlich.

Der selbsternannte „Ausmusterungsspezialist“ Peter Zickenrott aus Waldshut, der einen „Anti-Wehrdienst-Report“ mit Tipps für Drückeberger inklusive telefonischer Beratung für 280 Euro pro Exemplar vertreibt, hält seinen Service auch weiterhin für praxisnah: „Man darf halt nicht so blöd sein, später Erklärungen zu unterschreiben.“ Sollte dennoch immer mehr potentiellen Kunden das Risiko zu groß werden, hat Zickenrott vorgesorgt. Er habe längst ein neues Betätigungsgebiet gefunden: „Die Beratung von Lehrern, die aus gesundheitlichen Gründen in Frührente gehen wollen.“

MATTHIAS BARTSCH

BUNDESWEHR

# Drückeberger in Not

Bei der Musterung Krankheiten vorzutäuschen ist gefährlich:  
Versicherungen und öffentliche  
Arbeitgeber können  
später in die Akten schauen.

Es gibt eine Zeit im Leben junger Männer, in der Gespräche über Krankheiten schlagartig enorme Bedeutung erhalten. Meist geht es los, wenn der Brief mit dem Musterungstermin beim Kreiswehrersatzamt kommt.

Dann werden Freunde konsultiert, Ärzte um Atteste gebeten und bisweilen professionelle Helfer eingeschaltet. Es kursieren Geschichten von Ausgemusterten, denen ein willfähriger Arzt eben noch einen Herzfehler bescheinigte, die aber vier Wochen später zum Marathonlauf antraten. Im Internet finden sich Empfehlungen, wie sich mit erfundenen Leidengeschichten der Dienst beim Bund vermeiden lasse: Knie- und Rückenbeschwerden gelten als heiße Tipps, ebenso Drogenkonsum vorm Musterungstermin. Andere setzen auf Allergien oder die „Psycho-Nummer“ – auf vorgeschoßene Depressionen oder Zwangsnurosen etwa.

Doch was dem Musterungsarzt erzählt wird, landet in sogenannten G-Akten – die oft viele Jahrzehnte lang im Bundeswehrarchiv schlummern. Und von dort können die alten Lügengeschichten, was kaum jemand weiß, auch an Versicherungsfirmen geraten, die prüfen wollen, ob ihre Kunden beim Abschluss von Lebens-, Pflege-, Renten- oder Berufsunfähigkeitsversicherungen vollständige Angaben ge-

macht haben. „Es gibt Fälle, in denen die Versicherungen keinen Cent zahlen, weil die Kunden sich beim Vertragsabschluss nicht mehr erinnern konnten, was sie bei ihrer Musterung alles vorgebracht hatten“, sagt der Frankfurter Rechtsanwalt Michael Hofferbert.

Und das kann teuer werden: Mehr als 24 000 Euro Jahresrente hatte ein Lackierer aus der Gegend um Gießen von seiner Versicherung erwartet, als er – angeblich gesundheitsbedingt – seinen Job hinschmiss. Im Antrag für seine Berufsunfähigkeitszusatzversicherung, im Jahr 1999, hatte er bei allen Fragen nach Vorerkrankungen „nein“ angekreuzt.

Bei seiner Musterung, neun Jahre zuvor, hatte der Mann noch etwas ganz anderes erzählt: „Erhebliche Knieprobleme“ und „massive Atemwegsprobleme“, so die Recherchen der Versicherungsfirma, hatte er sich von Ärzten bescheinigen lassen, um nicht zum Bund zu müssen.

Es liege auf der Hand, dass solche Leiden „zu einer Erhöhung des Berufsunfähigkeitsrisikos führen“, argumentierte die Versicherung, weigerte sich zu zahlen und kündigte den Vertrag. Hätte sie von den angeblichen Vorerkrankungen gewusst, „wäre der Vertrag

## Schwache Jugend

Gemusterte Wehrpflichtige 2005:

**345 839**

davon:

**UNTAUGLICH**  
**108 739**

vorübergehend  
nicht  
wehrdienst-  
fähig

**25 759**

**WEHRDIENST-  
FÄHIG**  
**211 341**

Quelle:  
Bundestag

DER SPIEGEL